



Miro Dittrich
miro.dittrich@cemas.io

Berlin, den 25.01.2025

Stellungnahme für die Sachverständigenanhörung am 27.1.2025 im Ausschuss für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages zum Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung der Stiftung Gedenken und Dokumentation NSU-Komplex (NSU-Komplex-Stiftungsgesetz – NSU-KomplexStiftG) BT-Drucksache 20/14024

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sprechen heute über Erinnerung - in diesem Kontext möchte ich eine eigene teilen. Ein paar Monate nach dem schrecklichen Terroranschlag von Christchurch im Jahr 2019 stand ich in Neuseeland vor genau einer der beiden Moscheen, in der 51 Menschen von einem Rechtsterroristen getötet wurden. Ein emotionaler Moment - der zu einem analytischen wurde:

Ich war dort für eine internationale Konferenz und die Gespräche mit Politik, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft hatten mir einen deutlichen Kontrast zur deutschen Aufarbeitung gezeigt. Dort gab es eine breite, umfassende gesellschaftliche Debatte, einen detaillierten Bericht zur Radikalisierung des Täters und mit dem 'Christchurch Call' eine internationale Initiative.

Die Stiftung Gedenken und Dokumentation NSU-Komplex will jetzt eine Erinnerungslücke schließen - das begrüße ich sehr. Gleichzeitig möchte ich an dieser Stelle betonen, dass der Rechtsterrorismus sich in den vergangenen Jahren stetig weiterentwickelt hat und neue Opfer forderte: Seit der Selbstenttarnung des NSU 2011 haben wir 52 weitere rechtsterroristische Fälle dokumentiert, mit 22 Todesopfern und 39 Verletzten. Die Konzentration auf bekannte Fälle wie Halle, Hanau und den Mord an Walter Lübcke verdeckt das wahre Ausmaß des Rechtsterrorismus in Deutschland. Für mich wäre deshalb ein weiterer integraler Bestandteil der Arbeit einer solchen Stiftung, nicht ausschließlich historisierend, sondern dynamisch mit den Entwicklungen mitzugehen.

Als 2019 der Anschlag in Halle geschah, war ich leider nicht überrascht. Eine neue rechtsterroristische Strömung – der militante Akzelerationismus – hatte bereits zu einer Welle internationaler Anschläge geführt. Obwohl ich starke deutsche Aktivitäten in diesen Netzwerken seit 2018 beobachte, erschien der Begriff erst 2022 im Jahresbericht des Verfassungsschutzes. Wie schon beim NSU wurde eine neue Form des Rechtsterrorismus zu spät erkannt.

Seit 2022 leite ich ein Projekt zur Erforschung des modernen Rechtsterrorismus. Auf der Suche nach Daten seit der Selbstenttarnung des NSU fanden wir eine überraschende Lücke - es existierte keine zentrale und systematische öffentliche Erfassung rechtsterroristischer Fälle, vorhandene Datensätze waren unvollständig.

Eine aufwändige Recherche führte zu den genannten Ergebnissen. 22 der Fälle führen wir als Verdachtsfälle, dies liegt jedoch auch an unzureichenden Ermittlungen, die viele Fragen offenlassen. Unsere Analyse zeigt weitere systematische Defizite in verschiedenen Bereichen: fehlende digitale

Kompetenz der Ermittlungsbehörden, mangelhafte Aufklärung von Netzwerken, unzureichende Betreuung von Betroffenen und Überforderung bei Terrorlagen.-

Diese Ausführungen zeigen: Die Sicherheitsbehörden hinken weiterhin modernen rechtsterroristischen Entwicklungen hinterher – auch wenn es hier definitiv Verbesserungen gegeben hat. Betroffene von Rechtsterrorismus fühlen sich weiter im Stich gelassen, etwa in Halle und Hanau. Eine breite gesellschaftliche Debatte über die Gefahr des Rechtsterrorismus findet nur mangelhaft statt. Die Probleme wurden also nicht mit der Aufarbeitung der NSU-Terrorismusserie gelöst.

Ich begrüße daher den Gesetzentwurf, habe aber einige Anmerkungen:

1. Die Repräsentanz der Betroffenen im Stiftungsrat ist mit nur 2 von 15 Stimmen zu gering und wiederholt vergangene Fehler
2. Die vorgesehene Mehrheit von Regierung, Abgeordneten und Regierungsbeauftragten im Stiftungsrat gefährdet die notwendige Unabhängigkeit
3. Während der Fokus auf rechtsextreme Gewalt zu breit ist und den Kern des Vorhabens verwässert, greift die Verengung von Rechtsterrorismus auf den NSU zu kurz. Der Rechtsterrorismus hat sich seitdem verändert und modernisiert: Wir haben es inzwischen mit noch jüngeren, teils minderjährigen Tätern und diffusen Ideologien zu tun. Neue Strömungen und Netzwerke sind hinzugekommen.

Meine Empfehlung ist daher: Die Stiftung sollte ihren Schwerpunkt auf Rechtsterrorismus seit 1945 legen und die rechtsterroristische Mordserie des NSU als Zäsur begreifen. Gleichzeitig ist es essenziell auch die gegenwärtigen rechtsterroristischen Bestrebungen in die Stiftungsarbeit miteinzubeziehen – etwas durch eine bislang fehlende zentrale Dokumentationsstelle. Unsere laufend aktualisierte Datenbank kann hier gerne wichtige Erkenntnisse beisteuern.

Diese Stiftung bietet die Chance, aus der Vergangenheit zu lernen und Vertrauen wiederherzustellen. Dafür braucht es Unabhängigkeit, echte Betroffenenbeteiligung und den Fokus auf die realen Entwicklungen im Rechtsterrorismus. Nur so können wir den Opfern gerecht werden.

Vielen Dank.